

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Stefan Berger, Veronika Matiassek und Wolfgang Kieslich betreffend „Sicherheitsgipfel und Maßnahmenpaket“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 24. November 2022 zu Post 19

Um die Sicherheit der Österreicher, vor allem der österreichischen Frauen ist es schlecht bestellt. Ständige Übergriffe, seien sie reine Gewalt oder sexuell intendiert, stehen auf der Wiener Tagesordnung. Der tausendste Einzelfall, die Vergewaltigung dreier Frauen in Wien innerhalb weniger Tage scheint für die politischen Entscheidungsträger nicht mehr als eine Randnotiz zu sein. Ein 22-jähriger Afghane, der trotz negativem Bescheid abgeschoben werden sollte, aber nicht wird und Anspruch auf Mindestsicherung hat, steht im dringenden Tatverdacht, vor wenigen Wochen eine 18-jährige Frau vergewaltigt zu haben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass er auch für die Vergewaltigung einer Frau in Favoriten verantwortlich ist. Syrische Jugendliche vergewaltigten eine Frau am Damen-WC, mehrere Afghanen mehrfach eine Frau am Praterstern. Eine APA Auswertung der Kriminalitätsstatistiken 2019 und 2020 hat ergeben, dass afghanische Täter bei Vergewaltigung und Mord überrepräsentiert sind. Auf dem Keplerplatz umzingelte im Sommer eine Gruppe marokkanischer Asylwerber zwei Frauen und belästigten diese sexuell, heute existiert dort eine notdürftige Schutzzone. Die Gewalt durch Asylwerber, Asylberechtigte bzw. jenen, die nicht abgeschoben werden, eskaliert und neben einer Reihe von Vergewaltigungen kommt es immer öfter zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei wie in Linz. Die Dunkelziffer der Verbrechen ist weitaus höher als berichtet und dem muss ein Ende bereitet werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich umgehend für einen Wiener Sicherheitsgipfel aus und ersucht den Herrn Bürgermeister diesen einzuberufen und ein wirksames Maßnahmenpaket zu schnüren.

Dieses Sicherheitspaket sollte insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Einberufung eines Sicherheitsgipfels unter Teilnahme aller im Gemeinderat vertretenen Parteien sowie der Wiener Sicherheitsbehörden,
2. Einführung einer Stadtwache zur Entlastung der Polizei,
3. Klarstellung der Zuständigkeiten und Bündelung der Kompetenzen durch Installation eines Sicherheitsstadtrates,
4. Analyse und Entschärfung der Angsträume,

5. Erstellung eines Sicherheits-Lichtkonzeptes für Wien,
6. Einrichtung von Schutzzonen und Erlassung von ortspolizeilichen Verordnungen an Bannpunkten in der Stadt,
7. Flächendeckende Einrichtung von Notrufsäulen,
8. Ausbau der Videoüberwachung an neuralgischen Punkten,
9. Zugbegleiter in öffentlichen Verkehrsmitteln,
10. Angebot und Finanzierung von Präventionsarbeit und Selbstverteidigungskursen und
11. umfassende und verstärkte Förderung von Sicherheitseinrichtungen für Türen, Fenster und von elektronischen Sicherheitseinrichtungen für Wohnungen und Häuser

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.